

DER SPRINGENDE Nürnberg SPD PUNKT

» PARTEILEBEN
Stadtratsliste beschlossen

» KULTURHAUPTSTADT
Fanclub goes Staatsoper

Liebe Leserinnen
und Leser,



der Klimaschutz ist eine der großen Fragen unserer Zeit. Im Stadtrat haben wir einstimmig einen Klimaschutzplan verabschiedet. In der Debatte habe ich für die SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass diese Umweltfrage vor allem auch eine Gerechtigkeitsfrage ist - in doppelter Hinsicht:

1. Schauen wir, wer entlang der dicht bebauten Hauptverkehrsachsen lebt. Das sind nicht die mit dem dicken Geldbeutel. Wer ächzt denn im Besonderen unter der Sommerhitze? Das sind vor allem die Älteren und Kranken.

2. Wenn Schülerinnen und Schüler freitags auf die Straße gehen und ihre Forderungen untermauern, dann ist das auch die Forderung nach einem neuen Generationenvertrag. Die zukünftige Generation will ebenfalls in einem „guten Klima“ leben und Lebensqualität in der Stadt genießen.

Und deswegen werden wir in den nächsten Jahren unsere kommunalen Anstrengungen noch weiter intensivieren und mehr Nachhaltigkeitsprojekte auf den Weg bringen. Den Menschen und der Umwelt zuliebe.

Euer

T. Brehm

Thorsten Brehm

SPD NÜRNBERG LÄDT ZUM SOMMEREMPfang



Foto: Ludwig Olah

Aus dem UNTERBEZIRKSVORSTAND

Mit einem Blick auf das Jahr 2020 beging die SPD Nürnberg ihren Sommerempfang. 500 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft folgten der Einladung des Parteivorstands in den Historischen Rathaussaal. Nur ein paar Tage zuvor hatten die Delegierten des außerordentlichen Parteitages über die Liste zur Kommunalwahl 2020 entschieden – und damit ein Team aus 70 Stadtratskandidatinnen und -kandidaten aufgestellt. Die diesjährige Festrede hielt Parteichef und Oberbürgermeisterkandidat Thorsten Brehm.

Nürnberg 2020 – nachhaltig und solidarisch

Das neue Jahrzehnt bringt auch neue Herausforderungen – sowohl ökologische als auch soziale. Brehm will beides in den Blick nehmen: „Dass es vorwärts geht und keiner dabei vergessen wird.“

Ganz groß schreibt er deshalb das Thema Zusammenhalt und Nachbarschaft. Etwa die Hälfte der Menschen haben laut einer Nürnberger Studie keinen näheren Kontakt zu

ihren Nachbarn. „Dabei hat sich bei mir der Eindruck verfestigt, dass das Thema Einsamkeit eines der unterschätzten Probleme unserer Zeit ist“, stellte Brehm besorgt fest. Dagegen müsse man etwas tun: die Netzwerkarbeit in den Stadtteilen stärken, Seniorennetzwerke ausbauen, einen neuen Generationenvertrag für Nürnberg schmieden. So möchte Brehm einen „Nachbarschafts-Oskar“ ausloben, um genau solche Projekte und Initiativen sichtbar zu machen, die sich diesen Themen annehmen. Nürnberg müsse zur „Stadt der Kümmerer“ werden. „Wir sind eine Stadt für alle. Uli Maly und unsere SPD hat gesellschaftlichen Zusammenhalt immer großgeschrieben. Und das will und werde ich weiter führen“, meint der Oberbürgermeisterkandidat.

Brehm, der selbst seit 11 Jahren Sportsvereinsvorsitzender ist, setzt sich außerdem für die Stärkung des Ehrenamts ein. „Wir alle miteinander wissen, dass das Ehrenamt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine große Bedeutung hat.“ Daher plant er, eine Vereins- und Ehrenamtsakademie zu eröffnen. Sie soll für die ehrenamtlich Aktiven passende »



Fotos: Ludwig Olah

Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote eröffnen und Vereine und Initiativen beraten.

„Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Luxus sein!“

Eine solidarische Stadt braucht bezahlbaren Wohnraum und soziale Infrastruktur. Deshalb will Brehm weiter kräftig Wohnungen bauen. Ab 30 Wohneinheiten müssen dabei 30 Prozent geförderter Wohnungsbau entstehen, das hat die SPD in Nürnberg bereits durchgesetzt. Daneben müssen auch Treffpunkte für Vereine, Initiative und Kulturschaffende geschaffen werden. „Das ist auch ein großes Thema im Rahmen unserer

Kulturhauptstadtwerbung, die ich mit Nachdruck unterstütze. Da geht's im Kern um die Frage, wie wir in Nürnberg zusammenleben wollen. Ich will deshalb in den neuen aber auch bestehenden Stadtteilen neue Kulturläden und Räume für Begegnung schaffen“, erklärt Brehm.

Die Themen Wohnraum und Begegnung gehen Hand in Hand mit Bildung und Betreuung. Kinderbetreuung müsse massiv ausgebaut werden. Es brauche neue Schulen sowie Kinder- und Jugendhäuser. Aber auch in die Qualität dieser Einrichtungen müsse man investieren, um allen Kindern Chancengleichheit in ihrem Bildungsweg garantieren

zu können. „Deshalb will ich Kitas, in denen viele Kinder aus benachteiligten Familien spielen und lernen, sukzessive besser ausstatten“, so Brehm.

Zusammenleben nachhaltiger und unsere Stadt grüner gestalten

Gerade die jüngere Generation setzt sich derzeit für Klimaschutz und Artenvielfalt ein. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, muss unser Zusammenleben nachhaltiger und die Stadt grüner werden. „Das ist im Übrigen auch eine Gerechtigkeitsfrage – die ökologische ist nämlich auch eine soziale Frage“, erklärt Brehm. „Überlegen Sie mal, wer entlang der dicht bebauten Hauptverkehrsachsen lebt. Das sind nicht die mit dem dicken Geldbeutel. Überlegen Sie mal, wer im Besonderen unter der Sommerhitze ächzt. Das sind vor allem die Älteren und Kranken.“

Dem soll entgegengewirkt werden: es sollen neue Parks geschaffen und Grünflächen aufgewertet werden. Der Wetzendorfer Park, der Quelle-Park und der Park auf dem früheren Südbahnhof Areal sind nur einige Beispiele. Straßenbahngleise blühen auf, neue Straßenbäume spenden Schatten.

An was man gute Gestaltung und Lebensqualität festmachen kann, hat schon der renommierte Stadtplaner Jan Gehl erkannt. Ihm zufolge ist eine Stadt dann lebenswert, wenn sowohl Kinder als auch alte Menschen auf den Straßen und Plätzen unterwegs sind, wenn sich die Stadt nicht am Tempo der Autos, sondern der Fußgänger und Radfahrer orientiert. Dementsprechend wichtig sind Thorsten Brehm „Gemeinschaftsräume“, die diese Faktoren berücksichtigen.

Eine Stadt wie Nürnberg, die in den letzten zehn Jahren um 40.000 Menschen gewachsen ist, brauche außerdem ein gutes Mobilitätskonzept. Der Radverkehr müsse deshalb gestärkt und die öffentlichen Verkehrsmittel ausgebaut werden. Ein 365-Euro-Jahresticket müsse her. Brehm sei außerdem bereit, kräftig zu investieren, um eine Tarifierhöhung für 2020 auszusetzen und damit ein Zeichen zu setzen: nämlich, dass wir das Fahren mit Bussen und Bahnen attraktiver machen wollen.

Stadt im Gleichgewicht

Es gilt, eine Brücke zwischen all den Themen zu schlagen, die uns Nürnbergerinnen und Nürnberger bewegen und vor neue Herausforderungen stellen. „Meine Heimatstadt liegt mir am Herzen. Ich will eine Stadt im Gleichgewicht, für alle Generationen, mit sozialem Frieden, ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Erfolg“, so Brehm abschließend.

STADTRATSLISTE BESCHLOSSEN

AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG DER SPD NÜRNBERG



Foto: Ludwig Olah

aus dem UNTERBEZIRKSVORSTAND

„Wer bin ich und wenn ja wie viele?“ - die Frage, die sich einst Philosoph Richard David Precht stellte, trifft gerade in den letzten Wochen auch ganz gut auf Thorsten Brehm zu. Nicht nur die 13 Unterstützer*innen auf den Plakaten der SPD Nürnberg zeigten sich mit der Behauptung: „Ich bin Thorsten Brehm“. Viele weitere Freund*innen,

Genoss*innen und Kandidat*innen taten es ihnen gleich, um ihre Unterstützung für den Oberbürgermeisterkandidaten auszudrücken.

Jetzt ist auch das Team hinter Thorsten Brehm komplett. Beim außerordentlichen Parteitag der SPD Nürnberg in der Meistersingerhalle stimmten die Delegierten der 36 Ortsvereine über die Stadtratsliste ab. „Ich freue mich, dass ich seit Samstag auch

ganz offiziell ein wunderbares Team habe, mit dem ich mich bei der Wahl 2020 bewerbe. Wir haben 70 Stadtratskandidatinnen und -kandidaten aufgestellt, aus allen Himmelsrichtungen und Altersklassen. Diese Liste ist so bunt und vielfältig wie unsere Stadtgesellschaft es auch ist“, berichtet Brehm.

Und hier sind die 70 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2020:

- | | | |
|--|--|--|
| 1. Brehm, Thorsten – Diplom-Sozialwirt | 24. Baier, Jenny – Bankfachwirtin | 49. Musayev, Yashar – Ingenieur |
| 2. Pröbß-Kammerer, Anja – Kunsthistorikerin | 25. Gsänger, Werner – Maschinenschlosser | 50. Borgendale, Martina – Realschullehrerin |
| 3. Vogel, Christian – Bürgermeister | 26. Karambatos, Claudia – Kaufm. Angestellte | 51. Hartmann, Thomas – Kommunikationswirt |
| 4. Arabackyj, Claudia – Werbekauffrau | 27. Strogies, Victor – Jurist / Politikwissenschaftler | 52. Burmann, Christine – Angestellte |
| 5. Ahmed Nasser – Doktorand | 28. Münzel, Barbara – Selbstständige | 53. Türen, Hürol – Informatiker |
| 6. Liberova, Diana – Pädagogin | 29. Knoll, Marco – Elektrotechnikermeister | 54. Schultze, Julia – wiss. Mitarbeiterin |
| 7. Meissner, Fabian – Politikwissenschaftler | 30. Pfausch, Simone – Juristin | 55. Ammon, Ferdinand – Student |
| 8. Yilmaz, Yasemin – Soziologin | 31. Kaltenecker, Paul – Sozialökonom | 56. Lehneis-Maier, Helga – Rentnerin |
| 9. Blaschke, Ulrich – Rechtsanwalt | 32. Vlachou, Dionisia – Kauffrau | 57. Choukhlov, Ilia – Diplom-Jurist |
| 10. Penzkofer-Röhrli, Gabi – Rentnerin | 33. Schmitt, Michael – Versicherungskaufmann | 58. Seißer, Julia – Beamtin |
| 11. Groh, Gerhard – Beamter | 34. Taskaya, Cigdem – Studentin | 59. Schlein, Heijo – Rentner |
| 12. Kayser, Christine – Innenarchitektin | 35. Korovin, Igor – Student | 60. Blank, Brigitte – Einzelhandelskauffrau |
| 13. Dix, Harald – Werkzeugmacher | 36. Schreglmann, Alina – Grundschullehrerin | 61. Werner, Hans – Fachinformatiker |
| 14. Bieswanger, Jasmin – Intensivkrankenschwester | 37. Langenbacher, Bernd – Elektriker | 62. von Heckel, Renate – Lehrerin i.R. |
| 15. Akman, Oğuz – Student | 38. Knuhr, Sabine – Diplom-Sozialpädagogin | 63. Reiter, Jürgen – Controller |
| 16. Kir, Aynur – Sozialpädagogin | 39. Reinelt, Kurt – Betriebsseelsorger | 64. Schirl, Gerda – Tanzlehrerin i.R. |
| 17. Gradl, Lorenz – Bautechniker | 40. Saglam, Serpil – Industriekauffrau | 65. Moritz, Karsten – Polizist |
| 18. Reinke, Linda – Studentin | 41. Ursinus, Matthias – Zollbeamter | 66. Henning, Silvia – Hausfrau |
| 19. Goldmann, Dieter – Angestellter | 42. Schmidt, Eva – Sparkassenbetriebswirtin | 67. Ural, Serkan – Schüler |
| 20. Kontsek, Martina – Diplom-Pflegewirtin (FH) | 43. Schwerdtner, Falk – Marketing Manager | 68. Jelden-Hägel, Marie-Luise – Lehrerin i.R. |
| 21. Ziegler, Michael – Erzieher | 44. Ringler, Julia – Diplom-Informatikerin | 69. Grosser, Thomas – Unternehmer |
| 22. Härtel, Elke – Gesundheits- und Kinderkrankenschwester | 45. Kienle, Kevin – Auszubildender | 70. Erlspeck-Tröger, Katja – Fanprojekt-Leiterin |
| 23. Bohm, Andreas – Angestellter / Dozent | 46. Heß, Ulrike – Lehrerin i.R. | |
| | 47. Altun, Anil – Student | |
| | 48. Schwegler, Michaela – Lehrerin | |

Weitere Informationen zu Thorsten Brehm und die Kandidat*innen zum Stadtrat 2020 finden Sie auf www.brehm2020.de

FANCLUB GOES STAATSOPER

ÜBER STADTRÄUME, DENKRÄUME UND KULTURRÄUME



Unsere Talkgäste v.l.n.r.: Thorsten Brehm (OB-Kandidat), Daniel Ulrich (Baureferent), Sebastian Schnellbögl (Urban Lab), Lena Endres (Projekt Kulturhauptstädtla, N.ORT Kollektiv, Bluepingu e.V.), Lisa Milyukova und Olga Komarova (ArtiSchocken-Kollektiv), Michael Ziegler (Vorsitzender der Karl-Bröger-Gesellschaft und Moderator des Abends).

von MICHAEL ZIEGLER

Unser Oberbürgermeisterkandidat Thorsten Brehm brachte es gleich auf den Punkt. „Wir müssen das Projekt Kulturhauptstadt zu einem Anliegen von uns allen machen. Es ist eine Chance für die ganze Stadtgesellschaft. Es soll ein Stadtentwicklungsprojekt sein, bei dem wir uns die Frage stellen, wie wir in einer wachsenden Stadt zusammenleben wollen.“ Dieses Anliegen werde durch den Fanclub begleitet, so Thorsten weiter.

Nürnberg's Baureferent Daniel F. Ulrich, der erste Gast auf dem bunt arrangierten Podium im Glucksaal des Staatstheaters, argumentierte in die gleiche Richtung. Es gebe so viele Entwicklungschancen in der Stadt. Das schlafende Nashorn am Egidienplatz sei hier nur ein Beispiel. Auch die Auseinandersetzung mit Kunst im öffentlichen Raum werde wieder mehr Platz einnehmen. Auch durch die Anfragen, die Ulrich durch das entstehende Kunstwerk am Nelson-Mandela-Platz erwartet.

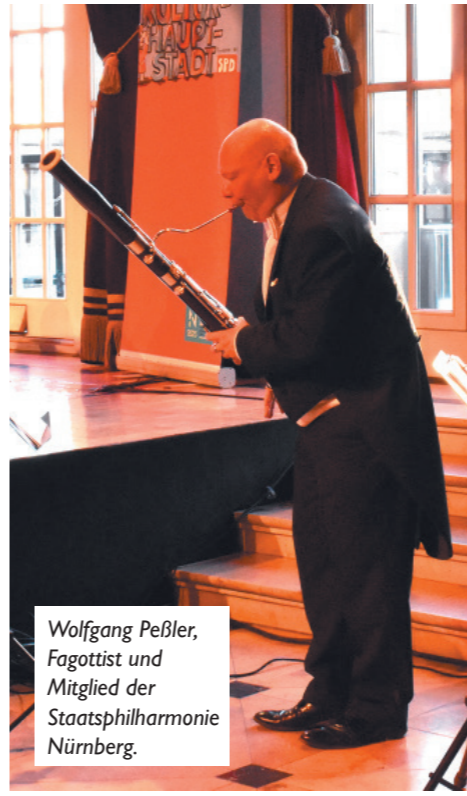
Sebastian Schnellbögl vom Urban Lab verwies auf die Chancen in der Stadt, die aber nicht alle aufgegriffen würden. Die Kreativen hätten jede Menge Ideen. Eine neue Idee aus seinem Bereich sei ein Amt für Ideen, welches bei kreativen Impulsen hilft. Wie auch beim Raummanagement für Kulturschaffende sei eine Stelle außerhalb der Stadtverwaltung wichtig, weil diese sich besser als Lobby und ohne große Hürden einschalten ließe.

Mitten drin im Umsetzen der Bewerbungs-idee war Lena Endres. Diese arbeitet beim sogenannten Kulturhauptstädtla und gehört zur Gruppe N-Ort Kollektiv, welches einen Monat lang vor dem Schauspielhaus ein gemeinsames Programm aller macht, mit allen, die mitmachen wollen. Dabei soll es ausschließlich nachhaltig zugehen und auch die Getränke stammen aus geretteten Beständen, die ansonsten entsorgt würden. Lena lud uns im Anschluss an den Fanclub

auch gleich ins Städtla ein. Hans-Peter Frings, der stellvertretende Staatsintendant, stellte ein umfangreiches Programm vor, welches sich längst mit der Kulturhauptstadt auseinandersetzt.

Auch Musik wurde an diesem Abend geboten. Das NightFlow-Trio bot wunderbare chillige Musik. Fagottist Wolfgang Peßler, Mitglied der Staatsphilharmonie, zeigte sein Können im Gluck-Saal, ebenso im Anschluss bei der Nachfeier des Fanclubs auf dem Kulturhauptstädtla. Ein weiterer Höhepunkt war die Performance von Olga Komarova und Lisa Milyukova vom ArtiSchocken-Kollektiv zum Thema Rituale und Zeremonien bei Festen. Auch ein Schredder kam zum Einsatz und ein gemeinsamer fröhlicher Tanz aller Fancluber rundete das Erlebnis ab.

Es wurde viel miteinander gelacht und diskutiert. So kann es gern weitergehen!



Wolfgang Peßler, Fagottist und Mitglied der Staatsphilharmonie Nürnberg.



NightFlow-Trio





LIEFERN AM LIMIT

INTERVIEW: LIEFERSERVICES UND IHRE ARBEITSBEDINGUNGEN

Foto: Kerstin Gardill

Laura Schimmel (NGG-Gewerkschaftssekretärin) und Ingo Gerth (Mitarbeiter des Lieferservices Foodora).

von KERSTIN GARDILL

Auch in Nürnberg gehören sie mittlerweile zum sichtbaren Stadtbild: Zumeist eher junge und sportliche Männer, die sich mit ihrem Fahrrad rasch und umweltverträglich durch die Stadt bewegen, einen großen bunten Rucksack auf dem Rücken, der gefüllt ist mit Speisen und Getränken.

Sie arbeiten für Foodora oder Lieferando – Unternehmen, deren Geschäftsmodell es ist, Verträge mit mehreren Restaurants abzuschließen, um ihren Kunden zu ermöglichen, bequem und online Gerichte ihres Lieblingsrestaurants in die eigenen vier Wände bestellen zu können. Ein sehr attraktives Modell für Kunden, die auch lieber mal daheim essen als im Restaurant. Nicht so attraktiv allerdings sind die Arbeitsbedingungen, unter denen die „Rider“, so werden die Fahrer (nur 15% der Mitarbeiter sind weiblich) im Fachjargon genannt, die Lebensmittel durch die Stadt transportieren.

Zukunftsplanung unmöglich

Die Arbeitsverträge der „Rider“ sind alle zu 100 Prozent befristet mit einer garantierten Mindestarbeitszeit von 16 Stunden ausgestattet – alles was darüber hinaus gearbeitet wird, wird als Überstunden abgerechnet. In der Praxis bedeutet das, dass die „Rider“ nie abschätzen können, welchen Betrag sie im kommenden Monat verdienen, und wie viele Stunden sie arbeiten müssen. Wer sich also eine Wohnung mieten, Eigentum erwerben oder gar eine Familie gründen möchte, steht mit solchen „Flexi-Verträgen“, wie sie auch gerne von Unternehmen wie Zara oder H&M angeboten werden, ziemlich im Regen da.

Mindestlohn wird unterlaufen

Zwar bekommen die „Rider“ Mindestlohn. Doch die Tatsache, dass sie die komplette Ausstattung, also Fahrrad, Telefon und

Datenvolumen selbst stellen müssen, lässt den Mindestlohn zur Makulatur werden. Innerhalb der Belegschaft regt sich deshalb Widerstand. In fünf deutschen Städten haben sich Betriebsräte gegründet – auch bei uns in Nürnberg. Ingo Gerth, Mitarbeiter des Lieferservices Foodora hier in Nürnberg, wollte diese Arbeitsbedingungen nicht mehr hinnehmen und holte sich Unterstützung bei der NGG-Gewerkschaftssekretärin Laura Schimmel. „Leider wurden uns immer wieder massiv Steine in den Weg gelegt“, berichten Schimmel und Gerth. „Das Unternehmen hat den firmeninternen Chat abgeschaltet, damit die Mitarbeiter nicht mehr miteinander kommunizieren und sich organisieren können. Und sie haben sogar das Büro in Nürnberg geschlossen, um so die Gründung eines Betriebsrates zu verhindern“, so Laura Schimmel weiter.

Digitalisierung als Vehikel für Ausbeutung

Die Schließung des Nürnberger Büros wurde als Argument dafür benutzt, es handele sich hier ja gar nicht um einen Betrieb, was somit die Gründung eines Betriebsrates hinfällig machen würde. Schließlich liefen ja alle Arbeitsbeziehungen ausschließlich über digitale Plattformen ab, so die Argumentation des Unternehmens. „Wir sehen ganz deutlich, dass hier versucht wurde, über das Instrument der Digitalisierung die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuschränken, bis hin zur Ausbeutung“, erklärt Laura Schimmel. Ihr Appell an die Gesetzgeber: Gesetzeslücken müssen geschlossen werden. Zum Beispiel: Die Tatsache, dass Arbeitsmittel selbst gestellt werden müssen und damit der Mindestlohn unterlaufen wird, darf in Zukunft nicht mehr möglich sein. Hinzu kommt auch der Umstand, dass alle Mitarbeiter befristete Arbeitsverträge haben – auch der Betriebsratsvorsitzende, der ja eigentlich Kündigungsschutz genießen müsste. „Unter diesen Bedingungen werden die Verträge einfach nicht mehr verlängert und der frisch gegründete Betriebsrat ist gleich wieder von der Bildschirmfläche verschwunden“, betont die NGG-Gewerkschaftssekretärin.

Und übrigens: Foodora wurde vor kurzem von TakeAway, wozu auch Lieferando gehört, übernommen. Jetzt lässt TakeAway alle Verträge bei Foodora Nürnberg, dem Betrieb mit Betriebsrat, auslaufen.

Bei TakeAway gibt es keine Betriebsräte. Zumindest bis jetzt nicht.

von MARTIN BURKERT, MdB

Der EuGH hat festgestellt: Die geplante Pkw-Maut ist nicht mit EU-Recht vereinbar. Es folgten hitzige Debatten im Verkehrsausschuss und im Plenum des Deutschen Bundestages – und vielleicht ein Untersuchungsausschuss.

Bei der Aktuellen Stunde zur Pkw-Maut ging es im Plenum des Deutschen Bundestages in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hoch her. Der Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sah sich handfesten Vorwürfen konfrontiert, für bereits entstandene Verluste und möglicherweise anstehende Forderungen der noch vor dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) mit der Mauterhebung beauftragten Unternehmen verantwortlich zu sein. Auch wir machten deutlich darauf aufmerksam, vor den mit einer frühzeitigen Auftragsvergabe verbundenen enormen Risiken eindringlich gewarnt zu haben.

Der EuGH hatte Mitte Juni nach einer Klage Österreichs gegen die Infrastrukturabgabe entschieden, dass diese nicht mit dem Europarecht vereinbar sei. Die Richter sahen eine Diskriminierung ausländischer Autofahrer, weil deutsche Autofahrer die Ausgaben über einen Nachlass bei der Kfz-Steuer erstattet bekommen sollten. In der geplanten Ausgestaltung verstoße die Pkw-Maut zudem gegen die europäischen Grundsätze des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs, so der EuGH.

In der vergangenen Wahlperiode wollte die CSU auf Biegen und Brechen die Pkw-Maut im Koalitionsvertrag. Bedingung unserer Fraktion war aber immer ganz klar gewesen, dass die Maut europarechtskonform sein müsse – was wir von Anfang an angezweifelt haben. Und nicht nur wir. Auch der Wissenschaftliche Dienst der Bundestagsverwaltung. Scheuer warf damals dem Dienst aber „fachliche Ignoranz“ vor und stellte sogar den Sinn der Institution in Frage. Warnungen gab es also zur Genüge.

Dass der Verkehrsminister die Mauterhebung schon 2018 europaweit ausgeschrieben hat, war zwar richtig. Vor der Auftragsverteilung hätte Scheuer aber das EuGH-Urteil abwarten müssen. Sein Vorpreschen war meiner Ansicht nach grob fahrlässig. Unsere Warnungen sind leider nicht ernst genommen worden – mit womöglich verheerenden Folgen.

Die Entscheidung des EuGH könnte nun gravierende Konsequenzen nach sich ziehen: nicht nur wegen der fehlenden Mautein-



Der Verkehrspolitiker Martin Burkert, MdB, hätte auf das faule Erbe Dobrindts gern verzichtet.

nahmen sondern auch wegen möglicher Schadensersatzforderungen aufgrund der Verträge mit den zwei designierten Betreibern, die das Ministerium eingegangen ist. Welche Folgen das für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben könnte, ist längst noch nicht geklärt.

Die CSU wollte mit der Pkw-Maut im Wahlkampf einen populistischen Sieg einfahren. Jetzt kommt es zum parlamentarischen Nachspiel – zunächst bei einer Sondersitzung des Verkehrsausschusses in der Sommerpause Ende Juli mit einer Anhörung Scheuers vor allem in Bezug auf die Höhe möglicher Schadensersatzzahlungen. Insbesondere die Opposition sieht das als seine allerletzte Chance. Ansonsten wird es mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Untersuchungsausschuss kommen.

Doch schon jetzt treten nach und nach immer mehr Details zu Tage. Demnach hat der Bund schon Monate vor dem

EuGH-Urteil über 100 Kleintransporter mit spezieller Innenausrichtung bestellt und in Produktion gehen lassen, mit denen die Mautkontrolleure auf den Straßen unterwegs sein sollten – Ausgaben mit einem Volumen zwischen vier und sechs Millionen Euro. Andreas Scheuer spricht bei der vergeigten Pkw-Maut gern nur von „Rückschlägen“ oder einem „verlorenen Elfmeterschießen“. Das ist mir ehrlich gesagt zu wenig, bei mehreren hundert Millionen Euro an Folgekosten.

Auf dieses faule Pkw-Maut-Erbe des ehemaligen Verkehrsministers Alexander Dobrindt hätten wir gerne verzichtet! Ich habe große Bedenken, dass die Einnahmeverluste im Verkehrsministerium nun zu Lasten der Schiene gehen könnten. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wir müssen auf Busse und Bahnen setzen, und dafür muss der Bund Milliarden investieren.

Das bayerische Innenministerium hat im Juli aktuelle Zahlen zur Gewalt gegen Polizeibeamte bekanntgegeben. Im vergangenen Jahr gab es 7.689 Angriffe auf Polizeibeamte. Dabei wurden 2.566 Polizeibeamte im Dienst verletzt. Im Vergleich zu 2017 ist das eine Steigerung um zehn Prozent. Die meisten Angriffe finden zu später Stunde am Wochenende in Großstädten statt. Und die meisten Täter sind männlich und alkoholisiert.

ANGRIFFE AUF POLIZEI SIND EIN ERNSTZUNEHMENDES WARNSIGNAL

Die Polizei soll deshalb besser ausgestattet werden mit neuen Einsatzhelmen und es wurden 1.400 Bodycams (Kameras, die die Polizisten an der Uniform tragen) angeschafft. Außerdem gibt es neue Einsatzstöcke und eine neue Dienstpistole soll kommen. Das sind die Zahlen und Fakten, wie sie der Innenminister vorgestellt hat und die Maßnahmen um dem entgegenzuwirken. Viele dieser Maßnahmen fordert die SPD schon lange im Landtag.

Deeskalation und Prävention sind nötig

Wir dürfen es aber nicht nur dabei belassen, die Polizei besser auszustatten, während sie weiterhin der Prellbock für schwelende Konflikte ist. Mir ist es ein großes Anliegen, auch



Stefan Schuster beim Test der Spezial-Schutz-ausrüstung der Polizei.

darüber zu sprechen, was hinter diesen Vorfällen steht. Denn jeder Attacke auf die Polizei ist ein Angriff auf den Rechtsstaat. Es ist ein Angriff auf unsere Grundordnung und auf die Aufgabe der Polizei, die Interessen der Bevölkerung und des Staats zu verteidigen. Dabei muss jedem bewusst sein, dass ein Angriff auf die Polizei, auf Rettungskräfte oder auf die Feuerwehr kein Angriff auf eine Uniform ist, sondern ein Angriff auf die Menschen, die uns schützen. Diese Angriffe treffen die Menschen, die ihr eigenes Leben und ihre Gesundheit täglich für uns aufs Spiel setzen. Ich weiß aus meiner aktiven Zeit bei der Berufsfeuerwehr, wie anspruchsvoll diese Tätigkeit ist und was für ein Risiko jeder Einsatz bedeutet. Es ist für die Einsatzkräfte bereits eine enorme Belastung, Tatorte oder Unfallstellen gegen Gaffer abzuschirmen, sich durch Rettungsgassen kämpfen zu müssen und alle Anwesenden zu beruhigen.

Diese Aufgaben kommen zur eigentlichen Arbeit noch zusätzlich dazu. Wenn das dann auch noch mit tätlichen Angriffen getoppt wird, verliere ich jegliches Verständnis. Die Einsatzkräfte verdienen höchsten Respekt.

Es muss wieder eine Selbstverständlichkeit werden, dass sie von allen Bürgerinnen und Bürgern als Freund und Helfer wahrgenommen werden. Sie sollen Ansprechpartner, Unterstützer und Problemlöser sein und ein Gefühl der Sicherheit vermitteln. Stattdessen beobachten wir eine Verrohung und eine Entthemmung, die mir Sorge bereiten. Zur aufgeheizten Stimmung trägt auch die rhetorische Aufrüstung so mancher Parteien und so manches Politikers bei. Die Folgen von Schwarz-Weiß-Malerei, Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen und dem Schüren von Misstrauen gegenüber dem Rechtsstaat und seinen Institutionen machen auch vor dem Umgang mit Polizei, Feuerwehr und Co. nicht halt. Dazu kommt, dass Gesetze wie das neue Polizeiaufgabengesetz die Bevölkerung verunsichern und Misstrauen gegenüber der Polizei schüren. Am Ende sind es die Polizistinnen und Polizisten auf der Straße, die diese Stimmung trifft. Dabei machen sie eine gute Arbeit und sind selbst an keiner Eskalation interessiert.

Deshalb braucht die Polizei Unterstützung aus der Politik und aus der Gesellschaft. Und diese darf sich nicht nur auf bessere Ausstattung beschränken. Das beste Mittel gegen Angriffe ist Prävention. Bereits im Vorfeld muss aufgeklärt, deeskaliert und informiert werden. Nur so kann verhindert werden, dass die Eskalation weiter vorangetrieben wird. Und nur so kann verhindert werden, dass die Polizei der Prellbock für Konflikte ist, die in der Gesellschaft schwelen und die von der Politik noch angeheizt werden.

Einladung zur AWO-Talkreihe 2019 "Wert-voll in die Zukunft"

Dienstag, 17. September 2019 um 18:00 Uhr im Mehrgenerationenhaus (MGH) AWOthek, Karl-Bröger-Straße 9

Demokratie lernen in der Kita – in unseren Kitas entscheiden die Kinder mit

Es diskutieren:

Reiner Pröbß, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Joachim Feichtl, Referent Kinder- und Jugendhilfe, Familie, AWO Landesverband Bayern

Prof. Dr. Roswitha Sommer-Himmel, Studiengangsleiterin Erziehung und Bildung im Kindesalter, Evangelische Hochschule Nürnberg

Simone Renner, Bereichsleiterin der AWO für Kinder, Jugend und Familie

1919 wurde die AWO von Marie Juchacz als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft gegründet. Werte wie Teilhabe und solidarisches Handeln gehörten von Anfang an zum Grundverständnis der neuen Organisation. Auch heute versteht sich die AWO nicht nur als sozialer Dienstleister, sondern steht bewusst für Werte ein. Wir verfolgen als AWO auch ein sozialpoliti-

sches Mandat und setzen uns gegen Missstände und Stigmatisierung und für Toleranz, Partizipation und Hilfsbereitschaft ein.

Anlässlich des 100sten Geburtstags der AWO auf Bundesebene wollen wir in 2019 im Rahmen einer Talkreihe zu den Werten hinter unserer sozialen Arbeit ins Gespräch kommen.



Kreisverband Nürnberg e. V.

BÄUME FÜR DIE MENSCHENRECHTE

„WASSER-PICKNICK“ INFORMIERT ÜBER DAS RECHT AUF WASSER

von YASEMIN YILMAZ und GABRIELA HEINRICH, MdB

In diesem Jahr stand das Thema Wasser im Mittelpunkt der Initiative „Bäume für die Menschenrechte“. Beim „Wasser-Picknick“ der Nürnberger SPD im Südstadtpark informierten die Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich, Stadträtin Yasemin Yilmaz und Martina Mittenhuber, Leiterin des Nürnberger Menschenrechtsbüros, über die Themen Menschenrechte und Wasser, „Wasser“ aus stadtpolitischer Sicht und den diesjährigen Menschenrechtspreisträger Rodrigo Mundaca und seinem Kampf für Wasser in Chile.

Zugang zu Trinkwasser ist ein hohes Gut und für uns in Deutschland inzwischen eigentlich selbstverständlich geworden. Das ist leider nicht überall auf der Welt der Fall. 700 Millionen Menschen haben weltweit kein ausreichend sauberes Trinkwasser zur Verfügung. 1.000 Kinder sterben täglich an Krankheiten durch dreckiges Wasser. Für Deutschland spielt Wasser auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine große Rolle: Mit 350 Millionen Euro ist Deutschland das zweitgrößte Geberland im Wasserbereich. Das ist wichtig, zumal die knappe Ressource Wasser – ein wachsendes – Konfliktpotenzial hat.

2010 erkannte die UN-Vollversammlung das weltweite Recht auf Wasser und Sanitärversorgung an. Dieses Menschenrecht bezieht sich nicht nur auf die Verfügbarkeit, sondern auch auf die Qualität, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit. Der diesjährige Menschenrechtspreisträger Rodrigo Mundaca setzt sich genau für diesen freien Zugang zu Wasser ein und wird deswegen bedroht und verfolgt. Er stellt sich in seiner Heimat Agrarunternehmen entgegen, die Avocados und Zitrusfrüchte für den Export produzieren und sich dafür das Wasser aus der Region aneignen – zu Lasten der Kleinbauern.

Das Menschenrecht auf Wasser gilt auch in Nürnberg: Nicht nur die Verfügbarkeit, auch die Wasserqualität in Nürnberg ist sehr gut, Leitungswasser kann sogar für Babynahrung verwendet werden. Zur Sicherheit gehört auch, dass die Wasserversorgung mit N-ERGIE zu 100% in kommunaler Hand ist. Trinkwasser ist viel wichtiger, als es in private Hände zu geben. Für uns ist es eine zentrale und essentielle Aufgabe und damit klarer Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge. Da achten wir auch darauf, dass wir als Stadt immer die Hand drauf haben.



Yasemin Yilmaz (links) und Gabriela Heinrich (rechts) am Menschenrechtsbaum der SPD Nürnberg.

Aber wir müssen auch aufpassen und Gefahren erkennen, zum Beispiel durch Nitrat. Durch umsichtige Landwirtschaft und Umweltschutz müssen wir den Status Quo und den Zugang zu sauberem Wasser erhalten. Nicht nur für uns, sondern auch für

die Natur. Wer helfen will, kann dies jetzt übrigens als „Wasserpate“ tun. Man kann sich bei SÖR melden und die Patenschaft für einen Baum übernehmen. Damit verbunden ist die Verpflichtung zum Gießen: 1x in der Woche und in Hitzephasen 3x Woche.



Stadträtin Yasemin Yilmaz (l.v.l.), Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich (2.v.l.) und Leiterin des Nürnberger Menschenrechtsbüros Martina Mittenhuber (2.v.r.) informieren zum Recht auf Wasser.



von SPD MUGGENHOF-DOOS

Jeder Stadtteil hat seine Feste. So findet in vielen Stadtteilen eine Kärwa über mehrere Tage statt, mit traditionellem Kärwa-Umzug. In Nürnbergs wilden Westen gibt es jedoch keine Kärwa, dafür aber ein Stadtteilst. Dieses Jahr fand das Muggeley Stadtteilstfest bereits zum 11. Mal statt. Und jedes Jahr wird dieses größer und lockt

mehr Besucher aus dem Stadtteil selber und auch aus ganz Nürnberg und sogar Fürth an. Hinter dem Quelle-Areal und vor der Wanderer Schule schließen sich Organisationen zusammen, um ein Fest voller Freude zu feiern. Dieses Jahr sogar unter einem ganz besonderen Motto. Auf Bestreben der SPD Muggenhof-Doos haben die Organisationen gemeinsam zusammengearbeitet, um ein Zeichen gegen Rassismus

DIGITALE GESELLSCHAFT STELLT SICH NEU AUF

von DIGITALE GESELLSCHAFT DER SPD MITTELFRANKEN

Die digitalen Themen beschäftigen die Leute. Egal ob es der aktuelle Huawei-Bann der US-Regierung ist oder aber ob die eigenen Daten bei Apple sicher sind. Oder aber ob Alexa nur zuhört, wenn ich wirklich die entscheidenden Worte sage. Aus diesem Grund wurde vor einem Jahr der Arbeitskreis „Digitale Gesellschaft der SPD Mittelfranken“ gegründet. Leider hat sich im Februar dieses Jahres der bisherige Sprecher und Gründer des Arbeitskreises aus persönlichen Gründen zurückgezogen. Seitdem hat Kevin Kienle den Vorstand und die Position des Sprechers vorübergehend übernommen.

Bei der Jahreshauptversammlung im Juli waren dann Genossinnen und Genossen aus ganz Mittelfranken zu Gast, um sich ein Bild

vom Arbeitskreis zu schaffen, die Arbeitsweise kennen zu lernen und einen neuen Vorstand zu wählen. Durch einen kurzen, aber sehr rege geführten Workshop über die allgemeine Digitalisierung konnte sich ein Eindruck vom Arbeitskreis gemacht werden.

Bei der anschließenden Wahl wurde Kevin Kienle im Amt des Sprechers bestätigt. Als stellvertretende Sprecherinnen und Sprecher wurden wie folgt gewählt: Thomas Hartmann, Lisa Kaufmann, Serpil Saglam, Hürol Türen, Uta Katja Schlichte und Norbert Schneider.

Wer sich selber ein Bild vom Arbeitskreis schaffen möchte, kann dies beim Stammtisch „Digitales Bier“ machen, welcher zum ersten Mal am 16. August stattfindet. Informationen zum Stammtisch und dem Arbeitskreis gibt es zudem auf www.spd-digital.com.

MUGGELEY IST, WENN ES ZUCKERWATTE GIBT

zu setzen. Über die Grenzen der Organisationen und Parteien hat jeder Stand das Motto „Wir sind bunt, ja klar!“ am Stand präsentiert. Egal ob nur durch das offizielle Plakat oder durch ganz besondere Aktionen.

Aber natürlich wurde auch groß gefeiert. Die SPD Muggenhof-Doos hat zum zweiten Mal über 1.000 Zuckerwatzen frisch zubereitet und kostenlos an die Besucherinnen und Besucher des Festes verteilt. Auch beim beliebten Stempelquiz wurde natürlich teilgenommen, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Preise wie zum Beispiel Tickets für die Nürnberger Bäder gewinnen konnten.

Und um den Tag vollends abzurunden, haben auch Thorsten Brehm, Oberbürgermeisterkandidat für die SPD Nürnberg und Stefan Schuster, Landtagsabgeordneter, das Muggeley-Fest besucht und ihre leckere Zuckerwatte abgeholt.



FRIDAYS FOR FUTURE – JETZT SIND WIR GEFRAGT



von LINDA REINKE

Die Klimaerwärmung steht schon länger auf der politischen Agenda, ehrgeizige Ziele wurden gesteckt, um den Klimawandel zumindest zu begrenzen. Hätte Deutschland dieses Jahr vorgehabt, die Pariser Klimaziele doch noch zu erreichen, hätten wir bereits am 28. März den gesteckten CO₂-Grenzwert überschritten. Während umweltschädliche Industrien immer noch stark subventioniert werden, sind es vor allem die sozial Schwachen, die unmittelbar von den Folgen der Umweltverschmutzung und Klimakrise getroffen werden.

Die Priorität in unserer Gesellschaft liegt wohl nicht bei einem sauberen Planeten und Nachhaltigkeit, sondern bei billigen Konsumgütern und Wachstum. Davon ist von den Produzierenden bis zu den Konsumierenden Jede*r betroffen und in der Verantwortung.

Durch unser Wirtschaftssystem haben wir es geschafft, das Jahrtausende alte System Erde innerhalb von wenigen 100 Jahren an die Wand zu fahren. Das ist keine Kleinigkeit, über die man einfach so hinwegsehen kann. Die jungen Menschen, die sich in der Bewegung Fridays for Future versammeln, haben das erkannt und positionieren sich ganz konkret: Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels.

Warum ist der Streik richtig?

Die Schülerinnen und Schüler gehen auf die Straße und streiken und wir Jusos finden, das ist genau die richtige Form, sich zu positionieren. Streiks sind ein bewährtes Mittel, um

Aufmerksamkeit zu generieren und Verbesserungen zu erzwingen. Die Schülerinnen und Schüler stellen sich so in eine lange Tradition des Kampfes gegen Ausbeutung, hier die Ausbeutung der Umwelt. Innerhalb kürzester Zeit haben sie es geschafft, sich zu organisieren, auf die Straße zu gehen und die Aufmerksamkeit von Medien, Politik und uns Allen zu gewinnen. Wir Jusos unterstützen diese Form des zivilen Ungehorsams, denn Veränderung ist oft auch ungemütlich.

In einem nächsten Schritt müssen wir Fridays for Future auch organisatorisch und strukturell zur Seite stehen, um diese Bewegung zu festigen. Die jungen Menschen müssen auch vor den Strafen der Schulen geschützt werden. Das Einsteigen für die eigene Meinung ist Teil des demokratischen Prozesses und muss gefördert, nicht unterdrückt werden. Die Fff-Bewegung bestätigt wieder, dass junge Menschen sehr wohl politisch sind. Sie sind zwar nicht unbedingt in Parteien organisiert, aber sie wissen, dass große Ideen nur gemeinsam umgesetzt werden können.

Jetzt sind wir als Partei am Zug, wir als SPD sollten die Ansprechpartner*innen sein. Denn Nachhaltigkeit ist eine Gerechtigkeitsfrage. Und genau das können wir am besten: in die Zukunft sehen und die Schwächsten niemals aus den Augen lassen. In den entscheidenden Gremien sind Jugendliche bislang nicht repräsentiert. In der sogenannten Kohlekommission und in der Verkehrskommission fehlten junge Menschen komplett. Wir können die Schüler*innen und Schüler zu Wort kommen lassen und ihre Ideen disku-

tieren und verbreiten. Verteilungsfragen stehen wieder auf der Agenda einer jungen Generation, es ist unsere Aufgabe, sie auch in der Politik wieder laut werden zu lassen.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss, Andreas Mittelmeier, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / AUGUST 2019

02.08.2019 – 18:00 Uhr

Kirchweih Fischbach
Bieranstich - SPD-Tisch
Festplatz Am Schlüsselstein
N-Fischbach

09.08.2019 – 18:00 Uhr

SPD Langwasser: Der Ortsverein trifft sich auf der Kirchweih Langwasser
Festzelt

13.08.2019 – 17:00 bis 19:00 Uhr

Mieterbüro der SPD Nürnberg:
Sprechstunde
Karl-Bröger-Zentrum
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

13.08.2019 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach:
Mitgliederversammlung
Gaststätte TSV Altenfurt-UG
Wohlauer Straße 16
N-Altenfurt

13.08.2019 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof und SPD Ziegelstein: Sommerstammtisch
Landbierparadies
Leipzigerstr. 32
90491 Nürnberg

13.08.2019 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliederversammlung
Gaststätte TSV Altenfurt-UG
Wohlauer Straße 16
N-Altenfurt

20.08.2019 – 19:30 Uhr

SPD St. Leonhard-Schweinau:
Mitgliederversammlung
Restaurant Sarajevo
Schwabacherstr. 53

21.08.2019 – 19:30 Uhr

AK Frieden und Abrüstung:
Arbeitssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer
Karl-Bröger-Zentrum
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

26.08.2019 – 19:00 Uhr

AsF-Sitzung
Südstadtforum Nürnberg
Siebenkeesstraße 4
Seminarraum 4

27.08.2019 – 17:00 bis 19:00 Uhr

Mieterbüro der SPD Nürnberg:
Sprechstunde
Karl-Bröger-Zentrum
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

28.08.2019 – 19:00 Uhr

AK Umwelt: Sitzung
Käte-Strobel-Saal
Karl-Bröger-Zentrum
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

02.09.2019 – 19:30 Uhr

Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd
Ingolstädter Straße 51
90461 Nürnberg